



01/2008

Zwischenruf

Aus dem Bundestag. Von Dietmar Bartsch, DIE LINKE

Bürger- und Wahlkreisbüros

Lange Straße 21
18507 Grimmen
Tel. 038326 469192
Fax 038326 469193

Martinstraße 1/1 a
19053 Schwerin
Tel. 0385 7587454
Fax 0385 7603819

Erste Wasserstraße 6
19288 Ludwigslust
Tel. 03874 22038
Fax 03874 22038

Lange Straße 106
19230 Hagenow
Tel. 03883 723107
Fax 03883 723107

Büro MdB Dr. Dietmar Bartsch
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 22772490
Fax 030 22776490

Fragen an Dietmar Bartsch
auch unter

www.abgeordnetenwatch.de

Wir sind eine gesamtdeutsche Partei

DIE LINKE hält Wort: Wir sind angetreten für eine andere Politik in diesem Land. Nach den Wahlen von Hessen, Niedersachsen und Hamburg verfügt unsere Partei nun in 10 von 16 Landesparlamenten über Fraktionen. Die Gründe für unsere Wahlerfolge liegen auf der Hand: Wir greifen Themen auf, die einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unter den Nägeln brennen: Mindestlohn, Kampf gegen Armut und für Rentengerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, konsequent friedliche Außenpolitik ... LINKS wirkt! Es sind unsere wachsende gesellschaftliche Anerkennung und unser wachsender parlamentarischer Einfluss, die alle anderen Parteien zwingen, ihre Politik zu ändern – wenn auch meist zu wenig und zu zögerlich.

DIE LINKE passt den Parteien nicht, die sich für die Ewigkeit in der Idylle von drei oder vier bundesweiten Parteien eingerichtet hatten.

Niemanden darf es daher wundern, dass CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE versuchen, DIE LINKE mit allem, was sie in ihrem Repertoire haben, zu attackieren. Das reicht vom Vorwurf inkonsequenter Geschichtsaufarbeitung bis hin zu angeblich bis heute versteckten SED-Millionen.

Wir müssen in der Partei DIE LINKE die „Geschichtsdebatte“ fortführen. Für manchen mag dabei der Eindruck entstehen, dass wir in dieser Diskussion ein Stück weit von vorn beginnen. Zu berücksichtigen haben wir, dass in der LINKEN Mitglieder sind, die nicht in die bisherigen Debatten einbezogen waren. Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sollen unsere Positionen glaubhaft nachvollziehen können. Das gilt in besonderer Weise für unsere Einsicht zur Verantwortung der SED für das Scheitern des Sozialismus in der DDR und für begangenes Unrecht, für unsere klare Verurteilung von Mauerbau, Mauertoten und Stalinismus. Diese Positionen zu vertreten, hat auch nichts mit Antikommunismus zu tun. Eine solche Haltung und Debatte wird aber dazu beitragen können, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes noch bewusster ihre Wahlentscheidung für DIE LINKE treffen können – mit und ohne Gezeter der anderen Parteien.

Wir freuen uns nicht über die Krise in der SPD, denn Verlierer sind die Bürgerinnen und Bürger ... Hessen hat einen Politikwechsel verdient.

Wir bleiben dabei: Koch muss weg. Im Gegensatz zur SPD hat die Hessische LINKE ein großes Maß an Politikfähigkeit unter Beweis gestellt.

Dietmar Bartsch – Presseerklärung vom 10. März 2008

Aus dem Terminkalender

13./17./28. März

10./15. April

Gespräche mit Besuchergruppen aus Wahlkreisen

9. April, Hannover

„Gemeinwohl. Neue Konsense für die soziale Marktwirtschaft?“

Dietmar Bartsch und

Prof. Dr. Gerhard Kruij in einer Podiumsdiskussion beim Katholischen Forum Niedersachsen.

Erstmals im norddeutschen Bereich in solcher Besetzung

Parlamentarische Initiativen der Bundestagsfraktion

Antrag Lohnsenkung gesetzlich untersagen.

Drs. 16/7825 überwiesen

Antrag Verbraucherrechte von Kreditnehmern stärken.

Drs. 16/8182 überwiesen

Kleine Anfrage

Gleichberechtigung bei

Radaropferentschädigung.

Drs. 16/1816

Beratungsqualität für Erwerbslose verbessern.

Drs. 16/8045 überwiesen

Keine dt. Soldaten

für schnelle Eingreiftruppe.

Drs. 16/7890 überwiesen

Antrag Landurlaub als Chance für umweltfreundlichen Tourismus nutzen.

Drs. 7614 überwiesen

Fortführung und Verstetigung der Programme gegen Rechts-extremismus.

Drs. 16/1542 abgelehnt

DIE LINKE hat beantragt, die MwSt für Kinderprodukte und Dienstleistungen auf 7% abzusenken. abgelehnt

Regierung gibt sich öffentlich empört, tut aber nichts gegen „Zumwinkelei“

Die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung könnte jährliche Mehreinnahmen von ungefähr 11,5 Milliarden Euro bringen.

Der Bundesrechnungshof hat schon vor der Affäre Zumwinkel den Finanzminister aufgefordert, bei Jahreseinkünften von mehr als 500.000 Euro eine Pflicht zur Aufbewahrung privater Belege durchzusetzen und die Pflicht zur Begründung von Außenprüfungen bei Einkommensmillionären aufzuheben. Der Finanzminister hat diese Vorschläge mit der Begründung zurückgewiesen, die Bundesregierung wolle die Bürokratie abbauen.

Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gesine Lötzsch kritisiert diese Untätigkeit des Finanzministers deshalb zutreffend als Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

Die fünf Millionen Euro, die die Bundesregierung über den BND an einen Informanten bezahlt hatte, wären besser angelegt in eine Erhöhung der Anzahl der Steuerprüfer.

Dass jemand wie Zumwinkel offenbar eine Steuererklärung abgeben kann, in der nicht einmal der Sparerfreibetrag ausgeschöpft wird und das nicht zur Steuerprüfung geführt hat, ist mindestens billigend in Kauf genommene Steuerhinterziehung.

HARTZ IV-Betroffene müssen ihren Anspruch auf staatliche Beihilfen „nachweisen“, indem sie alle Kontoauszüge vorlegen. Alle Angaben auf den Kontoauszügen müssen ungeschwärzt sein. Anders bei den Zumwinkels und Co.: Da steht das Steuergeheimnis davor.

Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo verstößt gegen Völkerrecht

Am 17. Februar 2008 erklärte das Kosovo einseitig seine staatliche Unabhängigkeit.

Viele westliche Nationen, darunter auch die Bundesrepublik, haben das anerkannt und behandeln die ehemalige serbische Provinz nun wie einen eigenständigen Staat. Dieser Vorgang steht nach unserer Auffassung nicht auf der Basis des Völkerrechts, weil Serbien der Abtrennung eines Teils seines staatlichen Territoriums nicht zugestimmt hat. In der Resolution des UN-Sicherheitsrates von 1999, auf deren Grundlage auch die deutschen Soldaten derzeit im Kosovo sind, wurde den Serben die Zusage gemacht, dass sie keinen unfreiwilligen Verlust von Staatsgebiet fürchten müssten. Diese Zusage ist nun gebrochen worden. Außerdem fehlt die Grundlage für den Einsatz der internationalen Truppen. Der galt nämlich für die serbische Provinz, nicht aber für den Staat Kosovo.

Es ist auch klar, dass eine Kritik an der kosovarischen Eigenstaatlichkeit keine Unterstützung des serbischen Nationalismus bedeutet. Doch Recht durch Unrecht zu erzwingen, darf kein Modell für die internationalen Beziehungen werden.

www.dietmar-bartsch.de

dietmar.bartsch@bundestag.de · dietmar.bartsch@wk.bundestag.de